

04.07.2019

## Dänemarks neue Regierung kündigt ambitionierte Klimaziele an

Strategie zur Elektrifizierung des Verkehrssektors und der Industrie

(BMW - Exportinitiative Energie) - Dänemark hat am 05. Juni 2019 eine neue Regierung gewählt, die sich bereits kurz nach Amtsantritt zukunftsweisenden Klimazielen verschrieben hat. Festgehalten wurden diese Ziele in einem ersten Fahrplan der Regierung. Bereits im ersten Regierungsjahr plant das Parlament über ein Gesetz mit rechtsverbindlichen kurz- und langfristigen Klimazielen abzustimmen.

Nach Angaben der neuen Regierung zielt das Gesetz darauf ab, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 70 % gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. Darüber hinaus soll eine Strategie zur Elektrifizierung des Verkehrssektors und der Industrie ausgearbeitet und umgesetzt werden. Im Verkehrswesen strebt die Regierung an, bis 2030 Diesel- und Benzinfahrzeuge zu verbieten. Zudem soll der Ausbau der erneuerbaren Energien durch die Ausweitung des Potenzials von Offshore-Windenergie in Betracht gezogen werden.

Die klimapolitischen Bemühungen Dänemarks sollen sich jedoch nicht nur auf nationale Belange beschränken. Die Regierung unter Premierministerin Mette Frederiksen will sich auch dazu verpflichten, ihre Klimaziele nach Brüssel und Straßburg zu bringen, um sich für ehrgeizigere 2030-Ziele der EU einzusetzen und bis 2050 auf eine klimaneutrale EU hinzuarbeiten.

Von den Vorhaben Dänemarks werden mittelfristig auch deutsche Unternehmen profitieren können, die im Bereich der erneuerbaren Energien tätig sind und ihre Präsenz in Dänemark ausweiten wollen. Vor allem die Ausweitung der Elektrifizierung in der Industrie sowie der Ausbau der Windenergie bieten aussichtsreiche Perspektiven.

### Weiterführende Informationen

[Ziele der Regierung \(auf Dänisch\)](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2022 IXPOS

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.